

Jüdische und israelische Friedensnetzwerke

von Judith Bernstein, Reportageschule Reutlingen 15.2.2008

Der Frieden zwischen Israel und den Palästinensern lässt auf sich warten. Der Konflikt begann nicht erst mit dem Junikrieg 1967, sondern schon die Einwanderung weniger tausend Juden am Ausgang des 19. Jahrhunderts forderte Widerspruch heraus. Seither erweisen sich die Regierenden auf beiden Seiten als unfähig zu Regelungen, die beide Völker einer politischen Verständigung näherbringen. Zwei Jahre nach dem Junikrieg veröffentlichte die israelische „Bewegung für Frieden und Sicherheit“ ein Friedensprogramm als das Gebot der Stunde. Zu seinen Unterzeichnern gehörten vor allem Professoren der Hebräischen Universität, unter ihnen auch in Deutschland bekannte Namen: der Pädagoge Akiva Ernst Simon, der Historiker Yaacov Talmon und der Religionssoziologe Zvi Werblowsky. In der Erklärung hieß es:

„Die arabischen Staaten verstärken ihre politischen Initiativen durch eine gleichzeitige Aktivierung ihrer Tätigkeit an den Waffenstillstandslinien, die sehr wohl die [politischen] Entwicklungen beschleunigen kann. Auf diese Weise könnte ein Zustand erreicht werden, dessen Folgen niemand vorhersehen kann. Dieser Entwicklungsprozess dient den Großmächten als Vorwand für eine Einmischung in den Konflikt zwischen Israel und seinen Nachbarn, angeblich zu dem Zweck, irgendein Übereinkommen zu erreichen. Die Haltung unserer Regierung [Golda Meir] in den für das Schicksal von Volk und Staat Israel entscheidenden Angelegenheiten bleibt nach wie vor starr und unfruchtbar. Sie weigert sich hartnäckig, eine Entscheidung zu fällen, die einer möglichen und dauerhaften Lösung der Krise förderlich ist. Ebenso enthält sie sich der Vorlage eines konstruktiven Friedensprogramms – vielmehr wartet sie auf die Zustimmung der anderen Seite zu direkten Verhandlungen mit Israel.“

In ihrem 5-Punkte-Programm forderten die Unterzeichner die Aufgabe aller Annexionspläne, die Einwilligung in Verhandlungen mit dem Ziel sicherer und anerkannter Grenzen, die Bereitschaft zur Einbeziehung der „arabischen Einwohner der besetzten Gebiete als einen Faktor und eine Partei“ in einer Friedensregelung, Das Ende der jüdischen Besiedlung der besetzten Gebiete sowie die „Verkündung eines Planes für die Regelung des Problems der arabischen Flüchtlinge, einschließlich der 1967 heimatlos gewordenen Personen“.

Sieht man davon ab, dass auch in der offiziellen arabischen Rhetorik von den „Palästinensern“ und ihrem Anspruch auf einen Nationalstaat nicht die Rede war, so kommt uns die damalige Erklärung der „Bewegung für Frieden und Sicherheit“ vertraut vor. Denn sie enthielt politische Abgrenzungen und Forderungen, die seither die internationale Diplomatie beschäftigen.

Unter den Bedingungen der Friedlosigkeit stellt sich die Frage, welche Kräfte die israelische und die palästinensische Zivilgesellschaft mobilisieren können, um den Konflikt zu entschärfen, wenn sie ihn schon nicht lösen können. Sind sie eine vernachlässigenswerte Größe bei der Suche nach einem Frieden? Da in Deutschland ein hoher Anspruch vertreten wird, beiden Parteien dabei zu helfen, soll auch darauf kurz eingegangen werden.

Zunächst möchte ich mit Ihnen einen Blick auf mein Geburtsland werfen, weil ich mich dort natürlich besser auskenne:

Israel:

In Israel steht die Friedenszene seit Jahren vor der Gefahr, zwischen Hammer und Amboss zerrieben zu werden. Die Behauptung einer führenden Soziologin an der Universität Tel Aviv ist nicht weit hergeholt, dass ihre Aktivität derzeit gegen Null gehe, wenn man sie an ihrem politischen Einfluss misst.

Trotz ihrer institutionellen Schwäche sind nach wie vor bewundernswert aktive Gruppen unermüdlich tätig, so die „Frauen in Schwarz“ mit Freitagsdemonstrationen, die Frauen an den Checkpoints unter dem Namen „Machsom Watch“, die „Combattants for Peace“, die „Anarchists Against the Wall“, das „Committee Against [Palestinian] House Demolition“ und Uri Avnerys „Friedensblock“ („Gush Shalom“). Hinzu kommt eine kaum überschaubare Zahl kleiner, thematisch und lokal zentrierter Initiativen, ohne die Großdemonstrationen wie jene in Tel Aviv im November 2007 aus Anlass des zwölften Todestages von Yitzhak Rabin nicht denkbar sind. Die meisten von ihnen arbeiten ohne formell gewählte Führung, ohne eigenes Büro und ohne bezahlte Mitarbeiter. Dennoch haben sie nach amerikanischen Beobachtungen mehr geleistet als viele „gut geschmierte“ NGO's und soziale Bewegungen.

Doch die Vielfalt steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zu ihrem politischen Gewicht, das ihre Gegner und die schweigende Mehrheit für sich reklamieren. Das herausragende Beispiel für die Gemengelage ist die Bewegung „Frieden Jetzt“. Wenn überhaupt über Friedensgruppen in deutschen Medien berichtet wird, dann über sie und ihre Demonstrationen, die im allgemeinen in Tel Aviv organisiert werden. Die einstigen Bindungen an die Arbeitspartei haben sich erledigt, ein verbindliches politisches Konzept wird man vergeblich suchen. Diesen Mangel an innerer Geschlossenheit und

an Persönlichkeiten mit unbestrittener Ausstrahlungskraft sucht „Peace Now“ durch den Stolz auf ihren Pluralismus auszugleichen.

Mit diesen Hinweisen ist „Frieden Jetzt“ in seinem Stellenwert als mitunter lautstark zu vernehmende Stimme nicht abgewertet. Aber es wäre verfehlt, in der offenen Allianz eine ausschlaggebende Kraft erkennen zu wollen. Der vorhergesagte Tod der Ideologien ist nicht eingetreten. Auch wenn Umfragen regelmäßig eine große Mehrheit für den Frieden mit den Nachbarn ermitteln, sind in den zentralen Fragen wie Siedlungen, „Trennmauern“, Flüchtlinge, Jordantal und Jerusalem – dem „Mikrokosmos aller Konflikte im gesamten Land“ – die eindeutigen Alternativen zum Regierungskurs nur schwer auszumachen. Man vermisst die politische Gestaltungskraft, so dass die Bewegung den institutionell fest im Sattel sitzenden Widersachern wenig entgegenzusetzen hat. Negativ fällt außerdem ins Gewicht, dass sie im Ruf eines bürgerlichen Sammelbeckens steht, Probleme der Sozial- und Wirtschaftspolitik ausblenden kann.

Bisweilen gewinnt man den Eindruck, dass die Friedensszene überwiegend aus älteren Israelis besteht. Die Jugend zeigt sich an der „großen Politik“ wenig interessiert, solange der Status quo ihres vergleichsweise hohen Lebensstandards nicht gefährdet und der gewohnte politische Stillstand nicht vor grundlegende Herausforderungen gestellt sind. Dennoch sollte man die sprichwörtliche Sprunghaftigkeit der öffentlichen Meinung nicht unterschätzen. Wenn sich die israelische Regierung auf ein politisches Gesamtkonzept zur Beendigung des Konflikts verständigen könnte, wäre die Wahrscheinlichkeit nicht von der Hand zu weisen, dass damit Mehrheiten zustande kommen.

Die israelische Politik steht noch vor einer anderen Weichenstellung, der sie sich nicht entziehen kann. In Deutschland wird kaum zur Kenntnis genommen, dass rund zwanzig Prozent der Bevölkerung Israels aus arabisch-palästinensischen Staatsbürgern besteht. Diese etwa 1,2 Millionen Menschen verlangen das Recht auf volle

Gleichberechtigung oder gar eine demokratische Verfassung für Gesamt-Palästina, in dem die Palästinenser insgesamt aufgrund ihrer Geburtenüberschüsse ab 2015 die Mehrheit der Bevölkerung zwischen Mittelmeer und Jordantal ausmachen würden. Damit wäre der Staat Israel gesprengt und die Zweistaatenregelung endgültig passé.

Palästina:

Seit dem Ausbruch der zweiten Intifada im Herbst 2000 ist die Zusammenarbeit zwischen palästinensischen und israelischen Friedensgruppen noch schwieriger geworden. Gemeinsame Treffen und Konferenzen endeten mit der Verabschiedung von Erklärungen und Dokumenten, ohne an der politischen Situation grundlegende Veränderungen zu bewirken. Eine für den Dezember des vergangenen Jahres in der Nähe von Madrid geplante Konferenz scheiterte sogar schon im Vorfeld, weil die Beteiligten keine gemeinsame Sprache fanden. Ein solcher Misserfolg ist deshalb so bedauerlich, weil alle Beobachter sich darin einig sind, dass die Einleitung des Dialogs und der Austausch zwischen beiden Zivilgesellschaften die notwendige Voraussetzung für Fortschritte sind und bleiben.

Die palästinensische Bevölkerung in der Westbank und in Ost-Jerusalem – lassen wir einmal die besondere Lage im Gazastreifen außen vor – ist naturgemäß an der Bewältigung ihres Alltags stärker interessiert als an Friedensplänen, zumal da diese bisher regelmäßig im Sande verlaufen sind. Deshalb steht in der palästinensischen Zivilgesellschaft die Suche nach einem koexistentiellen Ausgleich mit den israelischen Nachbarn auf der Prioritätenliste nicht ganz oben.

Proteste gegen die israelische Politik gehören zwar zur Tagesordnung, aber kraftvolle Kampagnen zum Zweck der Mobilisierung von Massen und dem Ziel längerfristiger Strategien

finden lediglich ein beschränktes Echo. Der palästinensischen Presse und den unter amtlicher Kontrolle stehenden elektronischen Medien fehlt es überwiegend an politisch-intellektueller Unabhängigkeit. Häufig überwiegen Selbstzensur und -beschränkung. Die Berichterstattung ist von einem kommunikationshafte Stil gekennzeichnet, so dass die durch ideologische Prämissen geprägte Opposition leichtes Spiel hat, die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu manipulieren. Arabische Fernsehstationen wie „Al-Djazeera („Die Landzunge“)" erweitern zwar die Sicht auf die Welt, verstärken aber noch den Eindruck des eigenen Dilemmas. Initiativen zur Friedenserziehung an Schulen sind häufig an den Erfahrungen außerhalb der Klassenräume gescheitert. Wie soll man jungen Palästinensern die Ideen der Gewaltfreiheit und des Respekts vor der körperlichen Integrität des Nächsten beibringen, wenn sie fast täglich etwas anderes erleben? Das israelische Militär und die jüdischen Siedler sind die Träger der palästinensischen Unfreiheit, und der Zusammenbruch der elterlichen Autorität tut das Übrige, die Jugendlichen an Disziplinlosigkeit zu gewöhnen.

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu:

Das Scheitern der nationalen Bestrebungen vernachlässigt die Diskussion über eigenes politisches Versagen. Schon zu Lebzeiten ist dieses Problem thematisiert worden. Die palästinensische Führung habe schon während der britischen Mandatszeit – also in den Jahren zwischen 1920 und 1948 – ihre Bevölkerung zur politischen Unmündigkeit erzogen. Während eine junge Frau aus Hebron bekannte, dass es schwierig sei, akademische Studien von den alltäglichen Frustrationen der Besatzung zu trennen, begründete ein Student seine Teilnahme am neuen „Israel Studies Programme“ an der palästinensischen Universität in Jerusalem damit, dass wir – die Palästinenser – verstehen lernen müssten, warum wir immer verloren haben. Ein palästinensischer „Think Tank“, das „Arab Thought Forum“, bescheinigte der Führung ein strukturelles Defizit,

7

das die Entwicklung politischer Initiative und Schritte zu ihrer praktischen Umsetzung verhindert habe.

Es entstand ein Vakuum, das sich spätestens mit der zweiten Intifada im Herbst 2000 andeutete. Die Feindschaft zwischen Hamas und Fatah und die Gewalt im Gazastreifen zwischen ihnen, die im Juni 2007 ausbrach, fielen nicht vom Himmel: Sie waren das Ergebnis einer jahrelangen verfehlten Politik. Die Etablierung zweier Machtzentren schwächte die palästinensischen Friedensaktivisten weiter.

Erstaunlich ist jedoch, dass bei einer Meinungsumfrage im selben Monat 76 Prozent in der Westbank und 68 Prozent im Gazastreifen der Regierung mit Salam Fayyad an der Spitze ihr Vertrauen schenkten, und 71 Prozent aller Palästinenser sich für Frieden mit Israel aussprachen, auch wenn nur 41 Prozent in Israel einen Partner erkennen wollten.

Ein Blick auf das politische Engagement deutscher Friedensgruppen:

Allen Kräften innerhalb des politisch weiträumigen Friedenslagers ist zweierlei klar: Ein Frieden kann nur auf der Grundlage der nationalen Symmetrie gelingen, und der von dem Historiker Ilan Pappé (Universität Haifa, seit Ende 2007 an der Universität Exeter in England) vorgetragene Wunsch, dass „der Kampf stärker von außen geführt werden muss, speziell von Europa aus“, ist zumindest auf absehbare Zeit pure Illusion.

Zunächst ein Wort an die Adresse der Bundesregierung:

Die deutsche Beteiligung an dem umfangreichen Finanzpaket, das bei der Pariser Geberkonferenz im November 2007 im Umfang von 7,4 Milliarden US-Dollar beschlossen wurde, kann kein Ersatz für einen Politikverzicht sein. Es reicht nicht aus, die Lebenssituation der

Palästinenser zu verbessern, wie die Sprachregelung des Auswärtigen Amtes zu zitieren, oder sich auf Beiträge zur aktuellen Krisenbewältigung zu beschränken. Dass ausgerechnet ein prominenter israelischer Politiker und jahrelanger Kritiker seiner Regierung wie Yossi Sarid die deutsche Bundeskanzlerin zu seiner „Frau des Jahres“ ausrief, obwohl Angela Merkel bislang durch nahostpolitische Kompetenz nicht aufgefallen ist, hat mich höchst erstaunt. Am 18. März soll Merkel an der Spitze des halben Kabinetts zur 60-Jahr-Feier Israels nach Jerusalem reisen und die bilateralen Beziehungen auf eine Stufe stellen, die bislang Frankreich, Polen, Italien und Spanien vorbehalten war.

Israels Politik genießt das Privileg der Anerkennung seiner Interpretation, was es unter „Friedensprozess“ versteht. Aus der Shoah als der menschlichen und moralischen Katastrophe schlechthin sieht sich die Bundesregierung zu weitreichenden politischen Zugeständnissen veranlasst, die im Gegensatz zu einer Empfehlung von Yossi Beilin stehen, der das israelische Team der Genfer Initiative leitete. Beilin schrieb:

„Als Israeli wünsche ich mir und erwarte sogar von europäischen Ländern, dass sie von ihren bilateralen Beziehungen zu Israel Gebrauch machen, damit die Sache des Friedens in jeder Hinsicht gefördert wird. Dazu gehören auch kühne politische Initiativen. Da Leser dieses Buches von Reiner Bernstein höchstwahrscheinlich Deutsche sind, füge ich hinzu, dass die besonderen Beziehungen, die unsere beiden Länder verbinden, in einen konstruktiven Dialog über die Zukunft und nicht allein über die Vergangenheit umgesetzt werden sollten. Ich habe meinen deutschen Gesprächspartnern oft gesagt, dass wahre Freundschaft nicht blinde Unterstützung und diplomatische Hängepartien auf dem Rücken dessen, was Israel auch immer tut, bedeuten darf. Sie muss stattdessen eine klarsichtige Vision und einen offenen Meinungs austausch über Israels beste dauerhafte Interessen einschließen, die nach allen Erfahrungen die Interessen des Friedens sind.“

Die Aufforderung ist ohne Resonanz geblieben. Stattdessen folgt die Bundesregierung der Vorstellung, dass Israel ständig vor dem Abgrund der existentiellen Katastrophe stehe. Dagegen berichtete die israelische Presse vor vier Wochen unter Berufung auf Sicherheitskreise auf und die britische Fachzeitschrift „Jane's“, dass die Reichweite der „Jericho-3-Rakete mehrere tausend Kilometer betrage und große Atomanlagen – also auch die vermuteten Installationen im Iran – zerstören könne.

Angesichts der Berliner Zögerlichkeit, die diplomatischen Instrumente zur Regelung des Nahostkonflikts zu nutzen, verwundert es wenig, dass sich die Kluft zwischen der Politik und weiten Teilen der Öffentlichkeit in Deutschland vertieft hat. Dort ist die einstige Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen mittlerweile um die Behauptung erweitert worden, dass „die Zionisten“ nach der Shoah die palästinensische Bevölkerung 1947/48 vertrieben hätten. Mag es auch Pläne der damaligen jüdischen Führung in Palästina gegeben haben, den arabischen Widerstand gegen die Gründung Israels mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu brechen, so ist der globale Vorwurf an die Zionisten geradezu lächerlich: Meine aus Deutschland stammenden Eltern sind 1935 bzw. 1938 nicht nach Palästina geflüchtet, um die arabische Bevölkerung zu enterben, sondern um ihr Leben zu retten.

Was also können die am Frieden zwischen Israelis und Palästinensern interessierten Deutschen tun, wenn sie sich nicht längst aus Frustration von dieser Weltgegend abgewandt haben?

Michael Naumann, SPD-Spitzenkandidat bei den anstehenden Hamburger Bürgerschaftswahlen und frühere Kulturstaatssekretär im Bundeskanzleramt Gerhard Schröders hat folgende Begebenheit erzählt:

„Yitzhak Rabin war wenige Monate vor seiner Ermordung [im November 1995] zu einem privaten Abendessen bei der Familie meiner Frau in Hamburg zu Gast. Ich habe ihn dort gefragt, was die Deutschen nicht tun sollten im Nahen Osten. Er antwortete darauf mit ziemlicher Heftigkeit: ‚Es ist ganz egal, was ihr macht, ihr spielt keine Rolle.‘“

Würden wir Naumann folgen, so liefe seine Ermahnung darauf hinaus, insgesamt auf politisches Handeln auf diesem Konfliktfeld zu verzichten. Ihr würde ich auch deshalb widersprechen, weil wir dann jenen Israelis und Palästinensern aus der zivilgesellschaftlichen Friedensszene die politischen Sympathien und die praktische Zusammenarbeit aufkündigen müssten. Das kann nicht sein.

Was also bleibt? Ich will mich auf vier Punkte beschränken:

1. Die deutsche Zivilgesellschaft, soweit sie am Frieden zwischen Israelis und Palästinensern noch interessiert ist und Bemühungen ihrer Partner vor Ort unterstützen will, muss auf die deutsche Politik zugehen – nicht durch den inflationären Versand von Email- und SMS-Botschaften oder durch mehr oder minder aggressive Protestschreiben, Interviews und Beiträge in einschlägigen Blättern, sondern durch Begegnungen mit Wahlkreis-Abgeordneten und mit Besuchen im Bundestag. Die Sensibilität der deutsch-jüdischen Beziehungen spielt unter Parlamentariern aus vielen Gründen – wozu auch Ängste vor dem Antisemitismus-Vorwurf gehören – eine erhebliche Rolle, so dass Gespräche nur dann mit Nachwirkungen rechnen können, wenn sie praktische politische Vorschläge beinhalten.
2. Dabei sollten deutsche Friedenaktivisten nicht dem Glauben verfallen, dass sie durch ihre Arbeit den Konflikt lösen können. Jeder Versuch einer Vermittlung oder Mediation ist zum Scheitern verurteilt. Den Europäern insgesamt wird im politischen Kalkül von

Israelis und Palästinensern kein ernsthafter Wille unterstellt, zum politischen Frieden zwischen beiden Völkern einen Beitrag zu leisten. Wenn man bisweilen aus palästinensischem Munde Gegenteiliges hört, so ist dies als eine freundschaftliche Verbeugung zu verstehen, hinter der keine realen politischen Erwartungen stehen. Wenn Deutsche und Europäer es ernst meinen, sollten sie die Friedenskräfte auf beiden Seiten durch praktische Hilfen (Öffentlichkeitsarbeit hierzulande, Besuche vor Ort, Linderung von Notlagen usw.) ermutigen, ohne moralisch-pädagogisches Gepäck mitzubringen.

3. In deutsche Nahost-Diskussionen hat eine tiefe Skepsis Einzug gehalten, die einerseits produktive Energien lahmlegt – also nicht länger bereit ist, Alternativen des friedlichen Zusammenlebens von Israelis und Palästinensern in Erwägung zu ziehen –, und die andererseits die Frage aufwirft, warum sich manche „Friedensfreunde“ trotz ihrer depressiven Phantasien überhaupt mit dem Thema befassen. Mein Eindruck ist, dass ihr Anliegen vor allem darin besteht, erschreckende Beiträge zur israelischen Besatzung zu verteilen, während Kommentare zu den Funktionsstörungen und Antagonismen in der palästinensischen Politik unerwünscht sind oder als logische Folge der israelischen Agenda interpretiert werden. Analysen sucht man vergebens.

4. Die Lösungsqualität theoretischer Konstrukte wie die Schaffung eines gemeinsamen Staates für Juden und Araber zwischen Mittelmeer und Jordansenke ist gleich Null. Sie würde den Konflikt verschärfen und auf unabsehbare Zeit verlängern. Zur Überprüfung eigener Geschichtsbilder gehört außerdem die Überwindung des „Tunnelblicks“, der den Konflikt aus regionalen Kontexten ausblendet und ihn isolieren will. Dazu gehören die Rolle der autoritären arabischen Regimes für die dortigen Zivilgesellschaften; die andauernde Verfolgung von Bürgerrechtlern; der Einfluss des Islam auf arabisches Regierungshandeln trotz bzw. wegen der Inhaftierung Hunderter als militant eingestufte Islamisten; die irakische Flüchtlingswelle in einer Größenordnung von 2,2 Millionen Menschen in Syrien (1,4 Millionen), Jordanien (750.000) und Libanon (50.000), wozu noch einmal zwei Millionen Menschen kommen, die in Irak selbst enturzelt worden sind; die gewaltsame Umsiedlung von einer Million arabischstämmiger Iraner aus der ölreichen Provinz Khusistan und anderes mehr – ganz abgesehen von den chaotischen Verhältnissen im Irak. Diese Vorgänge und Katastrophen werden natürlich in Israel und Palästina aufmerksam wahrgenommen.

Ich komme zum Schluss:

Die israelische und die palästinensische Friedensszenen geben kein einheitliches Bild ab. Sie verfolgen das gemeinsame Ziel des Friedens, doch wie er ausgestaltet sein sollte, darüber herrscht kein Einvernehmen. Mit dieser Variationsbreite unterscheidet sie sich nicht von anderen Friedensgruppen, so auch in Deutschland.

Denken Sie an die Diskussionen um den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan: Während die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung der Behauptung höchst skeptisch gegenübersteht, dass Deutschland am Hindukusch verteidigt werde, wird in Berlin über die Veränderung des Einsatzmandats und seine Ausweitung auf den Süden Afghanistans gestritten.

Friedensnetzwerke, denen ich angehöre und denen ich mich zugehörig fühle, habe dennoch nicht resigniert und versuchen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, die Verbindungen zu israelischen und zu palästinensischen Partnern aufrechtzuerhalten und sich gleichzeitig vor einer völligen Vereinnahmung durch die eine oder andere Seite zu entziehen. Denn ein Frieden wird nur möglich werden, wenn beide ihren Teil durch Dialog und Kompromissbereitschaft beitragen.

Bei Durchsicht der deutschen Presse fällt mir auf, dass ihrer Berichterstattung und Kommentierung ein pessimistischer Grundton durchzieht. Das mag angesichts der bekannten, die Auflage fördernden These „Bad news are good news“ nachvollziehbar sein. Doch dieses Interesse sollte nicht unser Bild von den israelisch-palästinensischen Beziehungen beherrschen. Wer nach Israel und Palästina fährt, wird auch auf Menschen treffen, die lachen und Feste feiern, Geburtstage, Hochzeiten und Jubiläen.

Deshalb würde ich mir wünschen, dass unsere deutschen Medien mehr über den Alltag der Menschen im Nahen Osten berichten und

über deren Sorgen und Nöte nicht vergessen, dass ihnen bewusst ist, wie sehr sie um ihrer Zukunft willen aufeinander angewiesen sind. Dem hat Daniel Barenboim vor zwei Wochen mit der Aufforderung an alle Israelis beredten Ausdruck verliehen, auch die palästinensische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Denn wir Israelis teilen mit den Palästinensern ein Land und ein Schicksal, schrieb der weltberühmte Dirigent des „West-Eastern Divan Orchestra“, in dem israelische, palästinensische und arabische Musiker zusammenarbeiten.
